



Niederschrift

über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Ostseebad Laboe (LABOE/FA/02/2011) vom 17.03.2011

Anwesend:

Mitglieder

Frau Silke Aulitzky

Herr Jörg Erdmann

Herr Hermann Fiege

stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses

Herr Christian Grütz

Frau Ulrike Mordhorst

Herr Günter Petrowski

Herr Dieter Rauschenbach

Vertretung für Herrn Walter Kreft

Herr Wolfgang Richter

Herr Klaus Schnoor

zugleich als Vertreter für Frau Karin Nickenig

Herr Jürgen Schröder

Herr Rudi Wimber

von der Verwaltung

Herr Sönke Körber

Gäste

Herr Horst Etmanski

bis 21:00 Uhr

Herr Hans-Helmut Lucht

bis 21:00 Uhr

Herr Jochen Nazareth

bis 21:00 Uhr

Protokollführer/in

Herr Stefan Gerlach

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Walter Kreft

Beginn:

19:00 Uhr

Ende

21:35 Uhr

Ort, Raum:

24235 Ostseebad Laboe, Schulstraße 1, im Gebäude der Grundschule

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden des FWA und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde

3. Niederschrift der Sitzung des FWA vom 17.02.2011
4. Genehmigung der Tagesordnung, evtl. Dringlichkeitsvorlagen- und Anträge
5. Mitteilungen des Vorsitzenden
6. Mitteilungen der Bürgermeisterin
7. Erneuerung Straßenbeleuchtung LABOE/BV/371/2011
8. Gestattungs- und Entwässerungsvertrag Gemeinde Ostseebad Laboe-Abwasserzweckverband Ostufer Kieler Förde LABOE/BV/357/2011
9. Beratung und ggfs. Beschlussfassung über Haushaltskonsolidierende Maßnahmen LABOE/BV/366/2011
- 9.1. Investitionsmaßnahmen im Vermögenshaushalt - Beratung und Beschluss
- 9.2. Konsolidierungsmaßnahmen (Erlass des Innenministeriums vom 02.07.2010) - Beratung und Beschluss
10. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden des FWA und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TO-Punkt 2: Einwohnerfragestunde

Aus den Reihen der Einwohner wird die Frage aufgeworfen, ob der geplante Ankauf eines WC-Gebäudes angesichts der Haushaltslage realisiert werden kann. Der Amtsdirektor verneint die Frage, da zur Zeit keine Genehmigung für den im Wirtschaftsplan der Eigenbetriebe veranschlagten Kredit vorliegt.

TO-Punkt 3: Niederschrift der Sitzung des FWA vom 17.02.2011

Einwände gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift ergeben sich nicht. Herr Petrowski merkt jedoch an, dass im nicht-öffentlichen Teil eine Klarstellung erforderlich sei. Der Vortrag hierzu wird unter TOP 13 erfolgen.

TO-Punkt 4: Genehmigung der Tagesordnung, evtl. Dringlichkeitsvorlagen- und Anträge

Auf Antrag des stellvertretenden Bürgermeister wird die Tagesordnung um den TOP 7 (neu) „Erneuerung Straßenbeleuchtung“ erweitert; die entsprechende Sitzungsvorlage LA-BOE/BV/371/2011 vom 17.03.2011 liegt den Mitgliedern des FWA vor.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

GV Mordhorst beantragt die Absetzung des TOP 7 (alt) „Gestattungs- und Entwässerungsvertrag Gemeinde Ostseebad Laboe – Abwasserzweckverband Ostufer Kieler Förde“.

Die Abstimmung bringt folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 3	Nein-Stimmen: 8	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Im Anschluss lässt der stellvertretende Vorsitzende insgesamt über die veränderte TO abstimmen, so dass diese insgesamt wie vorstehend lautet.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 5: Mitteilungen des Vorsitzenden

Es sind keine Mitteilungen zu machen.

TO-Punkt 6: Mitteilungen der Bürgermeisterin

Der stellvertretende Bürgermeister hat im öffentlichen Teil der Sitzung keine Mitteilungen zu machen.

**TO-Punkt 7: Erneuerung Straßenbeleuchtung
Vorlage: LABOE/BV/371/2011**

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt für 2011 den Einstieg in die Erneuerung der Straßenbeleuchtung. Folgende Straßen sollen in den Antrag auf Bewilligung von För-

dermitteln aus dem Programm „Klimaschutztechnologie bei der Stromnutzung“ des Bundes aufgenommen werden:

Steinkampberg	10 Leuchtenkörper
Oberdorf	13 Leuchtenkörper
Hafenstraße	4 Leuchtenkörper
Heikendorfer Weg	13 Leuchtenkörper
Katzbek	6 Leuchtenkörper

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 8: Gestattungs- und Entwässerungsvertrag Gemeinde Ostseebad Laboe-Abwasserzweckverband Ostufer Kieler Förde
Vorlage: LABOE/BV/357/2011**

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung im Grundsatz, den vorliegenden Vertrag in der Fassung der Anlage zur Verwaltungsvorlage LABOE/BV/357/2011 vom 10.02.2011 abzuschließen. Vor einer abschließenden Entscheidung wird die Verwaltung jedoch gebeten, folgende Fragen zu klären:

1. Warum soll der Vertragsabschluss mit Rückwirkung auf den 01.01.2009 erfolgen?
2. Ist gewährleistet, dass das bestehende Vertragsverhältnis über die Gestattung der Nutzung von gemeindlichen Straßen und deren Entwässerung beendet wird?
3. Welche Unterschiede bestehen zwischen dem zur Zeit geltenden Vertrag und dem vorliegenden Entwurf?

Die Ergebnisse der Prüfung sind in einer Verwaltungsvorlage darzustellen.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

**TO-Punkt 9: Beratung und ggfs. Beschlussfassung über Haushaltskonsolidierende Maßnahmen
Vorlage: LABOE/BV/366/2011**

TO-Punkt 9.1: Investitionsmaßnahmen im Vermögenshaushalt - Beratung und Beschluss

Der Amtsdirektor führt in die Thematik ein und erläutert zusammenfassend nochmals die rechtlichen und tatsächlichen Hintergründe, welche zu einer Kürzung der beantragten Gesamtsumme der in der Haushaltssatzung 2011 festgesetzten Kredite geführt haben.

Er weist eindringlich darauf hin, dass die Kommunalaufsichtsbehörde den Erlass einer Satzung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen erwartet. Ohne eine solche Satzung kann eine Einzelgenehmigung zur Kreditaufnahme für Straßensanierungsmaßnahmen nicht erwartet werden.

Die Ausschussmitglieder sind einmütig der Auffassung, zunächst keine Satzung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen erlassen zu wollen. Die Thematik soll in den Fraktionen erörtert werden.

GV Nazareth trägt vor, dass er die Investitionssumme von rund 400.000,00 EUR für die Erweiterung der KiTa des DRK um 40 m² Nutzfläche für nicht angemessen hält (10.000,00 EUR je m²). Nach kurzer und hitziger Diskussion ergeht folgender

Beschluss:

Das Thema wird zur erneuten Beratung mit dem Ziel einer Planänderung zur Kostenreduzierung in den Bauausschuss verwiesen. Das Planungsbüro ist zu der Sitzung einzuladen.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Abschließend weist der Amtsdirektor darauf hin, dass die Amtsverwaltung alle ihr obliegenden Aufgaben im Zusammenhang mit der Genehmigung des Kreditbetrages erledigt hat.

TO-Punkt 9.2: Konsolidierungsmaßnahmen (Erlass des Innenministeriums vom 02.07.2010) - Beratung und Beschluss

Der Amtsdirektor erläutert die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Bewilligung einer Fehlbetragszuweisung und verweist zu diesem Zweck auf den vorliegenden Erlass des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 18.02.2011 sowie auf die Ausführungen in den Verwaltungsvorlagen LABOE/BV/316/2010 und LABOE/BV/366/2011.

Er weist insbesondere darauf hin, dass für den (wahrscheinlichen) Fall eines negativen Ergebnisses der Jahresrechnung 2011 gemäß den Richtlinien zum Kommunalen Bedarfsfond vom 08.05.2008 in der Fassung des Erlasses vom 01.04.2010 folgende Realsteuerhebesätze im Jahr 2011 mindestens erreicht sein müssen:

Grundsteuer A	350%
Grundsteuer B	370%
Gewerbsteuer	350%

Vor diesem Hintergrund bitte er die Ausschussmitglieder eindringlich darum, die unpopuläre Maßnahme der Erhöhung der Realsteuerhebesätze ernsthaft in Betracht zu ziehen und bis spätestens zum 30.06.2011 einen entsprechenden Satzungsbeschluss zu fassen. Anderenfalls läuft die Gemeinde Gefahr, dass ihr ein Fehlbetrag aus Vorjahren bei der Bewilligung von zukünftigen Fehlbetragszuweisungen in Abzug gebracht wird. Damit würde das Problem des defizitären Haushalts immer weiter verlagert und zudem in Zukunft verschlimmert.

Unter Verweis auf die im Konsolidierungserlass vom 02.07.2010 enthaltenen Vorgaben legt er dar, dass entsprechende Anhebungen bei der Zweitwohnungs- und Hundesteuer ebenfalls erforderlich seien. Der Tarifsatz bei der Zweitwohnungssteuer müsse vor diesem Hintergrund auf 11,50 % angehoben werden. Bei der Hundesteuer sei ein Mindestsatz von 100,00 EUR für den ersten steuerbaren Hund bei im übrigen progressiven Steuerverlauf anzustreben.

Auf Bitten der Ausschussmitglieder wird der Niederschrift eine Liste beigefügt, aus der sich die finanziellen Auswirkungen eventueller Steuererhöhungen ergeben.

Um eine sachgerechte Vorbereitung zu gewährleisten, kommen die Ausschussmitglieder überein, die Debatte über mögliche Steuererhöhungen zunächst in den Fraktionen zu führen.

TO-Punkt 10: Bekanntgaben und Anfragen

Es sind keine Bekanntmachungen zu machen. Anfragen liegen nicht vor.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:00 Uhr. Nach einer kurzen Pause wird die Sitzung um 21:10 Uhr mit dem nicht-öffentlichen Teil weitergeführt.

gesehen:

Hermann Fiege
- stellvertretender Ausschussvorsitzender -

Stefan Gerlach
- Protokollführer -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -